

< Zurück

Home > Deutschland >

## Warnung vor Schwarzmalerei

# Bundestag streitet über Afghanistan-Engagement

**Opposition will zivil-militärische Zusammenarbeit beenden – Niebel lobt gute Entwicklung in Afghanistan und warnt vor Schwarzmalerei**

André Spangenberg

21.01.2011 12:01

**Epoch Times Deutschland**

Berlin - Die Opposition im Bundestag dringt auf ein Ende der deutschen zivil-militärischen Zusammenarbeit in Afghanistan. Eine solch enge Anbindung der Entwicklungshelfer an die Bundeswehr behindere nicht nur den Wiederaufbau, sondern gefährde letztlich auch die Helfer, beklagten Vertreter von SPD, Grünen und Linkspartei am Freitag im Parlament. Ende Dezember war in Afghanistan ein deutscher Entwicklungshelfer getötet worden, der im Auftrag der Entwicklungsbank KfW ein Straßenbauprojekt bei Kundus umsetzen wollte. Die Koalition wies diese Forderung zurück und hob den aus ihrer Sicht untrennbaren Zusammenhang zwischen Sicherheit und Entwicklung hervor.

### **ETD Artikel zum Thema:**

- ▶ „Nur Entwicklung überzeugt vom Frieden“ [ 20.01.2011 ]
- ▶ Raus aus Afghanistan ab Ende 2011 [ 12.01.2011 ]

Anlass der Debatte war eine Regierungserklärung von Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel (FDP), der die seit 2002 erreichten Erfolge herausstellte und vor einer Schwarzmalerei warnte. Noch sei der Erfolg am Hindukusch nicht unumkehrbar geworden, doch könnten sich die Fortschritte sehen lassen, sagte er. So gebe es eine steigende Zahl von Schülern an den afghanischen Schulen, einen Rückgang der Kindersterblichkeit und eine wachsende Wirtschaft. Es sei also "verantwortungslos", ohne konkrete Kenntnis die Lage einfach nur schlechtzureden. Das spiele nur Extremisten in die Hände.

Zugleich verteidigte Niebel die Zusammenarbeit von Bundeswehr und Entwicklungshilfe. Vernetzte Sicherheit bedeute nicht Entwicklungshelfer "embedded" (eingebettet), sondern eine bessere Abstimmung hinsichtlich des politischen Ziels. Die Opposition monierte indes, dass der Schwerpunkt des deutschen Engagements nach wie vor auf den Militäreinsatz gelegt werde. Derzeit stellt die Bundeswehr 4.900 Soldaten für den Afghanistan-Einsatz. Damit ist Deutschland der drittgrößte Truppensteller der internationalen Schutztruppe ISAF. Allein für den weiteren ISAF-Einsatz sind in den kommenden elf Monaten knapp 1,1 Milliarden Euro geplant.

### **Opposition will keine Instrumentalisierung der NGOs**

Der SPD-Außenexperte Gernot Erlar rief die Bundesregierung auf, das Konzept des "vernetzten Ansatzes" von zivilen und militärischen Engagement zu überdenken und auf eine "Instrumentalisierung des zivilen Wiederaufbaus" verzichten. Ähnlich äußerte sich die Grünen-Entwicklungshilfexperte Ute Koczy. Mit der zivil-militärischen Zusammenarbeit werde die Stärke von unabhängigen Nichtregierungsorganisationen nur "torpediert", sagte sie. Noch schärfer formulierte es die Linke. Deren Abgeordnete Heike Hänsel monierte,

humanitäre Hilfsprojekte würden "unmittelbarer Bestandteil" des Bundeswehreinsatzes und eines Krieges am Hindukusch.

Unions-Fraktionsvize Christian Ruck (CSU) verwehrte sich gegen diese Sichtweise. "Es gibt keine Entwicklung ohne eine erfolgreiche Sicherheitspolitik", betonte er. Denn nur eine vernetzte Sicherheit werde die Entwicklungsansätze dauerhaft sichern. Vertreter von CDU, CSU und FDP wiesen zugleich darauf hin, dass die zivile Entwicklungshilfe in den vergangenen Jahren deutlich aufgestockt wurde und heute bei 430 Millionen Euro pro Jahr liege. "Wir dürfen keine Entwicklungsruine hinterlassen", mahnte Ruck.

### **Alle wollen Korruption bekämpfen**

Einig zeigten sich Koalition und Opposition in der Frage der Bekämpfung der "ungezügelter" Korruption. Wichtig sei es, angesichts der Korruption bis in die Spitze des Staates stärker als bisher auf eine gute Regierungsführung in Afghanistan zu dringen, sagte Ruck. Erler verwies darauf, dass die internationale Gemeinschaft im Zeitraum 2002 bis 2008 über 20 Milliarden US-Dollar an Hilfen nach Afghanistan geschickt habe. Doch habe sich dies nicht in mehr Vertrauen der Afghanen in ihre Regierung und die Gebergemeinschaft niedergeschlagen. Auch die Grünen beklagten ein mangelndes Vorgehen gegen die Korruption.

Die Linkspartei verneinte insgesamt eine für die Menschen in Afghanistan positive Entwicklung. "Nach neun Jahren kann von Fortschritt keine Rede sein", sagte die Linke-Abgeordnete Heike Hänsel mit Blick auf den 2002 gestarteten internationalen Einsatz. Ihr Fazit: "Krieg in Afghanistan macht eine Entwicklung unmöglich."

### **Experten sehen Entwicklungszusammenarbeit durch Eskalation der Gewalt behindert**

Nach Ansicht des Afghanistan-Experten Conrad Schetter trägt das militärische Engagement der NATO nur bedingt zu einer Stabilisierung am Hindukusch bei. "Die Eskalation der Gewalt lässt inzwischen kaum noch eine sinnvolle Entwicklungszusammenarbeit vor Ort zu", sagte der Wissenschaftler des Zentrums für Entwicklungsforschung der Universität Bonn in einem dapd-Gespräch. Während die Aufständischen an Boden gewannen, setzten die westlichen Streitkräfte zunehmend auf gewaltsame Konfrontation. "Diese bewusste Eskalation von beiden Seiten hat die Sicherheitslage dermaßen verschlechtert, dass Entwicklungshelfer kaum noch Projekte vor Ort besuchen können", sagte Schetter.

(dapd)

<http://www.epochtimes.de/articles/2011/01/21/667458.html>